



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XV/274 - 2. Dezember 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0836890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Mit der SPD in eine bessere Zukunft</u> <u>Für den sozialen Rechtsstaat</u> Von Willi Richter, Vorsitzender des DGB und Mitglied der SPD-Mannschaft	60
3 - 3a	<u>CDU/CSU auf der Suche nach eigener Kulturpolitik</u> Gelsenkirchen: Ein Bündel von Widersprüchen	120
4 - 5	<u>Opposition in Griechenland hofft auf Kennedy</u> Athener Echo auf die neue Stimme Amerikas Von Dr. Basil Mathiopoulos	67
6	<u>Belastungsprobe?</u> Zum Treffen de Gaulle-Adenauer	21
6	<u>Kleine Geschichte vom "Unrechtsbewusstsein"</u> "Fall Schliegelberger" und der unschuldige Dieb * * *	19

Zur Beachtung: In unserer Samstag-Ausgabe veröffentlichen wir den Artikel des Mitgliedes der SPD-Mannschaft

Käte Strobel, MdB

Für den sozialen Rechtsstaat

Von Willi Richter,

Vorsitzender des DGB und Mitglied der SPD-Mannschaft

Als Mitglied der sozialdemokratischen "Mannschaft" sehe ich meine Aufgabe darin, die in jahrzehntelanger Tätigkeit in der freiheitlichen Gewerkschaftsbewegung gesammelten Erfahrungen nicht nur der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sondern unserem ganzen Volke nutzbar zu machen.

Sofort nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur haben wir Gewerkschaftler unermüdet dafür gewirkt, dem deutschen Volk wieder einen Platz in der freien Welt zu sichern und auch in unserem eigenen Land den arbeitenden Menschen diejenige Stellung zu verschaffen, die ihnen entsprechend ihren Leistungen gebührt.

Das war ein schwerer Kampf, aber ich glaube doch sagen zu dürfen, dass es ohne den Einsatz der vielfältigen internationalen Beziehungen der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht so verhältnismässig schnell möglich gewesen wäre, das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt wieder zu festigen.

Im freien Teil Deutschlands selbst haben wir geholfen, die Demontagen unserer Industrie abzuwehren, um für unser Volk eine gesunde Wirtschaft aufbauen zu können.

Trotz beachtlicher Leistungen auf wirtschaftlichen und sozialen Gebiet harren jetzt noch zahlreiche Aufgaben ihrer Lösung.

Wir wollen, dass kein Deutscher den Lebensabend mit Sorgen entgegensehen muss.

Wir wollen erreichen, dass der Anteil der arbeitenden Menschen am allgemeinen Wohlstand eindeutig gesichert wird, damit unsere Arbeitnehmer - im weitesten Sinne des Wortes: Arbeitnehmer - nicht durch mögliche Krisen die ganze Last wirtschaftlicher Schwierigkeiten aufgebürdet bekommen.

Eine umfassende Gesundheitspflege und Vorbeugung bei der Abwehr von Krankheiten gehören ebenfalls zu den grossen Aufgaben der Zukunft.

Gleiches Recht auch für die Arbeiter bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle muss durch Gesetz gesichert werden.

Die Zahlung des ausreichenden Kindergeldes muss Bestandteil einer wirklich sozialen Familienpolitik werden.

Alle Bürger unseres Staates sollen künftig nicht nur die formelle politische Gleichberechtigung, sondern auch die volle Gleichberechtigung in der Wirtschaft haben.

Aber damit sie diesen Platz ausfüllen können, setze ich mich dafür ein, dass unser Bildungswesen - entsprechend den Möglichkeiten der modernen Zeit - ausgebaut wird. Alle begabten jungen Menschen, ganz gleich, ob ihre Eltern wohlhabend sind oder nicht, müssen den gleichen Start für die volle Entfaltung ihrer geistigen Fähigkeiten bekommen.

Ich halte die Lösung gerade dieser Aufgabe für wichtig, da ich aus einer langjährigen Erfahrung im Rahmen meiner Tätigkeit in der freien Arbeiterbewegung weiss, dass unsere Demokratie nur dann fest bleiben wird, wenn wir die noch vorhandenen Bildungsprivilegien abbauen und alle geistigen Strömungen in unserem Volke zur grossen gemeinsamen Leistung des demokratischen Selbstbewusstseins hinführen.

In diesem Sinne habe ich meine Berufung als Mitglied der sozialdemokratischen Mannschaft für den kommenden Wahlkampf verstanden. Ich weiss die mir entgegengebrachte Ehre zu würdigen. Mir ist bewusst, dass in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seit Jahrzehnten die lebendigsten Kräfte unseres Volkes wirksam sind. Jedesmal, wenn die Sozialdemokratie von ihren Gegnern von der Verantwortung hinweggedrängt wurde, war dies ein Unglück für das deutsche Volk. Aber immer dann, wenn Sozialdemokraten in Gemeinden und Ländern, in der grossen Gemeinschaft unseres Staates die Verantwortung übernehmen konnten, oder an ihr teilhatten, ging es einen Schritt vorwärts in dem Bemühen um die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens.

+ + +

Zur Beachtung: In unserer Samstag-Ausgabe veröffentlichten wir den Artikel des Mitgliedes der SPD-Mannschaft

Käte Strobel, MdB

CDU/CSU auf der Suche nach eigener Kulturpolitik

G.R. Wahrscheinlich wäre es überhaupt nicht zum kulturpolitischen Kongress der CDU/CSU in Gelsenkirchen gekommen, wenn nicht die kulturpolitische Initiative der SPD, wie sie in dem "Plan Z" ihren stärksten Niederschlag fand, die Kanzlerpartei gezwungen hätte, nunmehr ihrerseits zu versuchen, diesem konkreten Bildungsprogramm auf lange Sicht wenigstens etwas entgegenzusetzen. Aber sie vermochte auch hier den Eindruck nicht zu verwischen, daß sie vor allem auf kulturpolitischem Gebiet aus einer Verteidigungsposition heraus operiert.

Das "C" im Firmenschild

Das Eingangsreferat des Bundestagspräsidenten Dr. Eugen Gerstenmaier bestand im wesentlichen aus einer Replik auf das, was Dr. Adolf Arndt auf dem Wiesbadener Kulturkongress der SPD gesagt hatte. Es war Gerstenmaier anzumerken, daß der Vorwurf Arndts, das Etikett "christlich" im Namen einer Partei müsse letztlich zu einer Vergiftung des demokratischen Klimas führen, der CDU an die Nieren gegangen ist. Um überhaupt eine Gegenposition aufzurichten zu können, beschwor Gerstenmaier den Popanz eines "automatisierten Versorgungsstaates", den er der SPD unterschieben möchte, ohne daß er damit das Wesen des demokratischen Sozialismus treffen konnte. Er versicherte, und das mag bei ihm subjektiv ehrlich sein, daß die CDU sich durchaus der Unterscheidung von Kirche und Staat, Religion und Politik bewusst sei, daß sie sich nicht einbilde, Christentum und Moral allein gepachtet zu haben, und daß es ihr fern liege, die Rekonstruktion eines christlichen Staates anzustreben. Als einzige Legitimation für das "C" im Firmenschild der UNION blieb ihm somit nur noch ein Appell gegen die fortschreitende Säkularisierung unserer Gesellschaft. Aber als evangelischer Theologe mußte Gerstenmaier eigentlich wissen, daß dieser Prozess der Säkularisierung sich niemals mit den Machtmitteln einer politischen Partei aufhalten läßt, sondern allein durch die tätige Existenz von einzelnen Christen, wo immer sie auch stehen möge. Der säkulare Staat ist eine Wirklichkeit, Glaubensfreiheit und Rechtsgleichheit, sind die Grundlagen dieses Staates, das mußte er in seinem Schlusswort selber zugeben.

Gegen "Humanismus der Neuzeit"

Freilich regte sich bei den Delegierten des Kongresses keine Hand zum Beifall, als der Bundestagspräsident diese Feststellungen traf. Offenbar neigten sie in ihrer Mehrheit den Thesen zu, die Pfarrer Bernhard Hansler, der Direktor des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, verkündete und mit denen der innere Bruch in dieser sog. "UNION" deutlich ans Licht trat. Hansler stellte seine Polemik gegen den Humanismus der Neuzeit in den Mittelpunkt seines Referats. Das wird ihm als katholischen Theologen niemand verwehren dürfen; bedenklich jedoch wird es, wenn solche Gedanken auf einer offiziellen Veranstaltung der CDU proklamiert werden. Hier wurden im letzten die Fundamente der modernen Demokratie in Frage gestellt, nämlich die Freiheitsrechte des Individuums. Wie im übrigen Hanslers Preis der Armut'sich mit den Parolen der Erhard'schen Wirtschaftspolitik vereinbaren läßt, die unter der Flagge "Wohlstand für alle" segelt, das mag die Sorge der CDU sein. Jedenfalls würde hier eine unüberbrückbare Kluft in den geistigen Grundlagen der CDU sichtbar.

Wanderer im Dunkeln

Umso dankbarer schien der Kongress für jede Erinnerung an den gemeinsamen politischen Gegner. Wie Wanderer im Dunkeln tasteten sich die mit Nachfragen sichtlich überforderten Teilnehmer von einem polemischen Mittelpunkt zum nächsten.

Den ausgiebigsten Gebrauch von dieser Methode, die Delegierten zu erfrischen, machte der Jüngste unter den Referenten, Alois Schardt von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, in seinem Referat über die Erwachsenenbildung im demokratischen Staat. Er fügte nach einer im Ganzen zutreffenden Analyse der Situation der Erwachsenenbildung den Gerstenmaier'schen Popanz einen weiteren hinzu. Unter den Thesen "Erziehung entscheidet unser Schicksal" oder "Die Zukunft meistern" werde - so sagte er - die pluralistische Gesellschaft zu einer monistischen manipuliert und die so unschuldig klingende Feststellung, daß das Trennende aus dem Bereich der Erziehung ausgeklammert werden sollte, sei im Grunde nichts anderes, als der Versuch, das Religiöse aus dem Erziehungs- und Bildungsgeschehen überhaupt zu verbannen. Um seinen selbstgebastelten Gegner noch herzhafter prügeln zu können, erläuterte er seinen Zuhörern, daß auch die These von der "Überkonfessionalität" nichts als eine List sei, um durch Statuierung einer höheren Form der Menschlichkeit den konfessionellen Bekenntnischarakter zu einer "Primitivform menschlichen Daseins" zu stempeln. Hätte er nicht ausdrücklich solche Tendenzen dem "neuen Kurs der SPD" zugeschrieben, wäre dem kühlen Beobachter der Sinn der ganzen Attacke dunkel geblieben.

Das Unglück wollte es, daß bei diesen Schlägen gegen die "Ideologie der Entideologisierung" sein prominenter Parteifreund Eugen Gerstenmaier zu Schaden kam, der zu Beginn seines Referates mit großer Überzeugtheit erklärt hatte, die CDU lebe "auf gespanntem Fuße mit den Ideologien", weil sie vorfabrizierte Gehäuse seien, die der produktiven Kraft und Beweglichkeit des Geistes im Wege stünden. Doch auch diese Tatsache, daß nämlich die Entideologisierung der deutschen Parteien, Gerstenmaiers explizite Forderung war, konnte Schardt zu keiner differenzierteren Behandlung seines Themas veranlassen.

Quer durch den Garten

Es darf allerdings nicht überschen werden, dass nicht alle Referenten des Kongresses auf diese leichte Weise ihren Applaus zu ernten suchten. Bundesminister Dr. Balke distanzierte sich nicht nur durch die kühle Sachlichkeit seines Referates und einen gewissermaßen höflichen Pflichtangriff aus der "Denken in quantitativen Kategorien", das man zur Not auf den politischen Gegner beziehen konnte, vom späteren Trend des Kongresses, sondern wandte sich mit einem Seitenblick auf den katholischen Kanzler gegen die pauschale Verdammung des Neuhumanismus. Diese in der Sachlichkeit liegende Distanz zeichnete auch das Referat Prof. Geings aus. Auch die pragmatische Behandlung des Entwicklungsländerproblems durch Klaus Mehnert fügte sich durchaus nicht nahtlos in diese Konferenz. Seine Feststellung, daß man Entwicklungshilfe nicht unter dem Gesichtspunkt des Kalten Krieges sehen dürfe, mehr aber noch die Anmerkung daß die Entwicklungshilfe nicht in ursächlichem Zusammenhang mit der Ausbreitung des Evangeliums steht, werden unbeschadet ihrer Richtigkeit nicht die einhellige Zustimmung der Union finden.

Das ganze Unbehagen über den Graben in der CDU/CSU aber konnte keinen besseren Ausdruck finden, als in der pointierten Äußerung des Kultursenators aus Berlin, Prof. Tiburtius, der erschreckt durch den katholischen Theologen Kanzler, daran erinnern mußte, daß Gott vor das Gericht die Gnade gesetzt habe.

So bewies der Verlauf der Gelsenkirchener Tagung, daß es diese Partei bisher mit gutem Grund versäumt hat, über reinen Pragmatismus hinaus einen Katalog von Prinzipien aufzustellen. Schon der leiseste Versuch hierzu enthält ihre eklatante Widersprüchlichkeit und gefährdet ihre Existenz als einheitliche politische Partei. - Darf es verwundern, daß angesichts dieses Sachverhaltes, die vom Kongress angenommenen 20 Thesen nicht nur nichts enthalten, was man als neue kulturpolitische Forderung bezeichnen kann, sondern derselben Beruhigung dienen sollen, die Kultusminister Schütz unter dem Beifall der Delegierten für das deutsche Schulwesen gefordert hat. +++ -4-

Opposition in Griechenland hofft auf Kennedy

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Der Wahlsieg der Demokraten in den Vereinigten Staaten wurde im allgemeinen in Griechenland begrüßt. Besonders in den Reihen der Opposition hofft man, dass die Ankündigung einer dynamischeren amerikanischen Aussenpolitik auch auf griechische Verhältnisse sich positiv auswirken wird. In diesem Zusammenhang wurde die Erinnerung an die fruchtbare Zusammenarbeit mit der demokratischen Regierung des Präsidenten Truman wieder lebendig. Die bekannte Trumandoktrin des Jahres 1947 - sie schuf das realpolitisch notwendige Gegengewicht zur Monroedoktrin - billigte bereits vor Inkrafttreten des Marshallplans Griechenland und der Türkei lebenswichtige Unterstützungen zu. Ohne diese Hilfe wäre es dem griechischen Volk kaum gelungen, im Verband der westlichen Demokratien zu bleiben und sich gegenüber den kommunistischen Expansionsbestrebungen auf dem Balkan frei und unabhängig zu bewahren. In jenen kritischen Jahren trugen demokratische Kräfte in Athen die Regierungsverantwortung und erhielten gleichsam eine partei-kollegiale Rückenstärkung aus Washington. Dabei war dies keine einzigartige Bevorzugung. Die Demokraten förderten entsprechend dem Gebot der Stunde und der politischen Notwendigkeit die wachwerdenden demokratischen Tendenzen in den Ländern ihres Einflussbereiches. Als sprechendstes Beispiel kann hier das amerikanische Wohlwollen und Verständnis für den Kampf Mossadeghs gegen die herrschenden Kräfte des Kolonialismus in Persien angeführt werden. Unter der Protektion der Republikaner dagegen konnten sich jahrelang korrupte Regime wie die eines Syngman Rhee, Adnan Menderes und ähnliche behaupten.

In Griechenland konnten seit 1952 zunächst Marschall Papagos und dann der jetzige Ministerpräsident Karamanlis mit der Unterstützung der Regierung Eisenhower rechnen. Beide angeführten Regierungschefs aber sind die Repräsentanten extremer Rechtsparteien. Washington beging den Fehler, die Politik der Vereinigten Staaten mit der Schlagzeilen einer einzigen Partei identifizieren zu lassen, was konsequenterweise bei den Andersdenkenden aller Richtungen starke Ressentiments wecken musste. Das Maß wurde voll durch die psychologisch unkluge Haltung des ehemaligen amerikanischen Aussenministers John Foster Dulles, der nach dem offenen Ausbruch der griechisch-türkischen Spannungen wegen Zyperns im September

1955 durch seine einseitige Stellungnahme zugunsten der Türken faktisch jene Ausschreitungen tolerierte, deren Durchführung oder zumindest Duldung zur Zeit den führenden Köpfen des Regimes Menderes von einem türkischen Gericht als staatspolitisches Delikt zur Last gelegt wird.

Die liberal und mehr sozialdemokratisch orientierten Parteien, die im Athener Parlament die Bänke der Opposition drücken müssen, verfügen über vielgestaltige gute Beziehungen zu den Demokraten in Übersee. Unter ihnen finden sich viele bekannte Persönlichkeiten, die schon in Regierungsgeschäften verantwortlich zeichneten, als Truman im Weissen Haus das entscheidende Wort sprach. Für diese Politiker und ihre Anhänger war das Glückwunschtelegramm, das die griechische Opposition dem neuen Präsidenten Kennedy sandte, mehr als eine Höflichkeitsfloskel. Man ist in diesen Kreisen überzeugt, dass die Erinnerung an die fruchtbare Zusammenarbeit in den Jahren 1945 bis 1952 neue Ansatzpunkte bieten kann, um das Interesse der neuen amerikanischen Regierung an der innergriechischen Entwicklung zu wecken. Man hofft in Athen, dass Washington ab Februar nächsten Jahres alles Mögliche dazu beitragen wird, um die griechische Tragödie zu bereinigen. Das Land muss von der unabsehbaren Stagnation erlöst werden, in die es durch die Spaltung in zwei Lager hineingeraten ist, die sich in der äussersten Rechten und der radikalen Linken repräsentieren. Die Alternative zu der sozial unentschlossenen Rechten und zu den von der Mehrheit des griechischen Volkes abgelehnten kommunistischen Tarnorganisationen sind die gemässigten Parteien der Mitte. Sie führten bereits 1951 Griechenland in das westliche Verteidigungsbündnis und bringen auch heute alle Voraussetzungen mit, um Griechenland zu einem demokratischen und sozialfortschrittlichen Staatswesen zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, erhoffen sich die griechischen Oppositionsführer im gegebenen Augenblick die entscheidende Hilfe der neuen Männer in Washington, denn die politische Linie der vergangenen demokratischen Regierungen lassen nach dem Tenor der griechischen Kommentatoren erwarten, dass die Gesundung des wunden Punktes Griechenland in die dynamischere Aussenpolitik Kennedys einbezogen werden wird.

Belastungsprobe ?

Zum Treffen de Gaulle - Adenauer

sp - Adenauer muß bei seinem Eintreffen in Paris damit rechnen, eine recht kühle Atmosphäre vorzufinden. De Gaulle hat in den letzten Tagen die deutsche Botschaft in Paris und damit das Auswärtige Amt in Bonn wissen lassen, er werde seine eigenen Atombewaffnungspläne nicht aufgeben und betrachte die vor kurzem erfolgte Intervention des bundesrepublikanischen Botschafters in Frankreich, Blankenhorn, zugunsten einer NATO-Atomwacht als deutsches Störfeuer gegen die französischen Pläne. Da General Nordstad, im Gegensatz zu gewissen Erwartungen in Bonn, vor der WEU in Paris keineswegs den angeblich existierenden amerikanischen Plan zur Schaffung einer NATO-Atomwacht vortrug, erscheint Blankenhorns Intervention in französischer Sicht als Bonner Alleingang. Deswegen ist es nicht erstaunlich, daß französische Zeitungen schon darüber schreiben, Adenauer werde kaum Gelegenheit erhalten, mit de Gaulle überhaupt über dieses Thema zu sprechen. Alles sieht so aus, als sei die Reise Adenauers nach Paris diplomatisch schlecht vorbereitet worden und als hätten es gewisse Kreise in Bonn darauf abgesehen, die Belastungsprobe des deutsch-französischen Verhältnisses so dramatisch wie möglich zu gestalten. Immer wieder muß man sich deshalb fragen, ob man im Auswärtigen Amt in Bonn tatsächlich so schlecht über die französische Empfindsamkeit unterrichtet ist, daß - trotz wohlthönender Freundschaftsschwüre - immer wieder derartige Pannen möglich sind.

+ + +

Kleine Geschichte vom "Unrechtsbewußtsein"

"Fall Schlegelberger" und der unschuldige Diet

Dieser Tage kam ein Mann zu uns und bat aufgeregt um die Adresse eines guten Rechtsanwaltes. Er sei, so sagte er, völlig unschuldig zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Er habe die Strafe erhalten, trotzdem er im Augenblick des Diebstahls, der ihm die Strafe eingebracht hatte, ohne Unrechtsbewußtsein gewesen sei... - Der Mann fuchtelte mit einer Zeitung vor uns herum und als wir ihn endlich beruhigt hatten, zeigte er uns den Artikel eines westdeutschen Weltblattes zum Fall Schlegelberger. Da konnte man lesen: dem ehemaligen Justizminister Hitlers sei von der Ersten Kammer des Verwaltungsgerichts in Schleswig die volle Pension zugebilligt, da ihm, nämlich dem Herrn Schlegelberger, das Unrechtsbewußtsein für seine Handlungsweise im Dritten Reich gefehlt habe. - Messerschanz folgerte der Dieb daraus: Wenn schon ein Jurist nicht gewußt habe, daß Judenmorde, Verfassungsbruch, Justizmorde und viele andere Verbrechen strafbar seien, wie solle er dann wissen, daß Diebstahl Schuld bedeute. - Er habe in der Schule gefehlt, so sagte unser Besucher, als man die Zehn Gebote lernte, habe später keine juristische Literatur gelesen und fühle sich daher außerhalb jedes Unrechtsbewußtseins. - Tief sinnig schüttelte unser Chefredakteur den Kopf und meinte, man lerne eben nie aus...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel